



Brüssel, den 30. April 2021
(OR. en)

8172/21

JEUN 40
EDUC 138
EMPL 168
SAN 244
SOC 229
SUSTDEV 51
GENDER 27
ENV 257
COHOM 81

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Ein rechtebasierter Ansatz zur Jugendpolitik: die treibende Kraft für Engagement in der Zukunft?
– *Orientierungsaussprache*

Die Delegationen erhalten anbei ein Hintergrundpapier zum Thema „Ein rechtebasierter Ansatz zur Jugendpolitik: die treibende Kraft für Engagement in der Zukunft?“, das der Vorsitz im Lichte der Konsultationen mit den Delegationen ausgearbeitet hat.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, dieses Hintergrundpapier dem Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) auf der Tagung vom 17./18. Mai 2021 in Brüssel im Hinblick auf die Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister für Jugend am 17. Mai 2021 vorzulegen.

Ein rechtebasierter Ansatz zur Jugendpolitik: die treibende Kraft für Engagement in der Zukunft?

– Hintergrundpapier des Vorsitzes für die Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister für Jugend –

Ein evidenz- und rechtebasierter Ansatz in der Jugendpolitik: jungen Menschen zuhören

Die EU-Jugendstrategie sollte evidenzbasiert sein und bei den Grundrechten und Bedürfnissen junger Menschen ansetzen.

Im Dezember 2018 hat der Rat der Europäischen Union die EU-Jugendstrategie für den Zeitraum 2019-2027¹ angenommen. Diese Strategie, die auf die Entwicklung eines bereichsübergreifenden Ansatzes abzielt, indem auf die Bedürfnisse junger Menschen eingegangen wird, umfasst elf Jugendziele und vermittelt eine Vision für eine Europäische Union, die jungen Menschen dazu verhilft, ihr gesamtes Potenzial zu entfalten; darüber hinaus zeigt sie sektorübergreifende Bereiche, von denen Auswirkungen auf das Leben junger Menschen ausgehen, und Herausforderungen auf, die gemeistert werden müssen. Zu diesen Jugendzielen zählen insbesondere #3 Inklusive Gesellschaften, #5 Psychische Gesundheit und Wohlbefinden, #7 Gute Arbeit für alle, #8 Gutes Lernen, #9 Räume und Beteiligung für alle und #10 Ein nachhaltiges grünes Europa. Alle diese Ziele entsprechen den Erwartungen junger Menschen an ihre Zukunft.²

¹ Die EU-Jugendstrategie 2019-2027 (2018/C 456/01), 2018.

² Flash-Eurobarometer 478 aus 2019: „How do we build a stronger, more united Europe? The views of young people“ (Wie schaffen wir ein stärkeres, geeinteres Europa? Ansichten junger Menschen).

Ein rechtebasierter Ansatz: das Ausmaß des Engagements in der Zukunft

Die Menschenrechte stehen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt der Werte der Europäische Union, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind.³ Die Union verpflichtet sich, die Menschenrechte zu verteidigen und zu wahren und dabei „niemanden zurückzulassen“.⁴

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2020 die Strategie für eine verstärkte Anwendung der Grundrechtecharta in der EU⁵ vorgelegt, um die Richtung für die nächsten zehn Jahre vorzugeben. Der Fokus der Strategie liegt auf vier Säulen, einschließlich der Säule „Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger“, in deren Rahmen vorgeschlagen wird, Anstrengungen zu unternehmen, um jungen Menschen die Charta besser zu vermitteln.

In jüngerer Zeit hat der Rat Schlussfolgerungen zu einer menschenrechtsbasierten Erholung nach der COVID-19-Krise⁶ angenommen, in denen er anerkennt, dass sich die Pandemie negativ auf die Menschenrechte und auch auf den bürgerlichen Raum auswirkt, wodurch bestehende Ungleichheiten weiter vertieft und der Druck auf Menschen in prekären Situationen verstärkt werden. Gleichzeitig bekräftigt der Rat darin, dass eine sozioökonomische Reaktion, bei der die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen, eine bessere und nachhaltigere Erholung ermöglichen wird.

In den Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Zugangs junger Menschen zu ihren Rechten⁷ und den Empfehlungen des Europarats zum Zugang junger Menschen zu ihren Rechten⁸ wird anerkannt, dass junge Menschen Personen sind, die sich in einer spezifischen Lebensphase befinden, nämlich dem Übergang von der Kindheit zum Erwachsenenalter, und die nach den Mitteln streben, um autonome und vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

³ *Charta der Grundrechte der Europäischen Union , 2012, die vor 21 Jahren proklamiert wurde und seit 2009 rechtsverbindlich ist; Artikel 2, Artikel 6 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union sowie Artikel 6 Absatz 3, in denen die Grundrechte bekräftigt werden, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet sind.*

⁴ „Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (UN 2015).

⁵ *Strategie für eine verstärkte Anwendung der Grundrechtecharta in der EU, COM (2020) 711.*

⁶ *Schlussfolgerungen des Rates zu einer menschenrechtsbasierten Erholung nach der COVID-19-Krise (ST 6324/21, 22. Februar 2021).*

⁷ *Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Zugangs junger Menschen zu ihren Rechten, um ihre Autonomie und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft zu begünstigen (2015/C 18/01).*

⁸ *Recommendation CM/Rec (2016)7 Young People's Access to Rights (Zugang junger Menschen zu ihren Rechten), Europarat, 2016.*

Junge Menschen stehen vor einer Reihe spezifischer Herausforderungen⁹ im Zusammenhang mit dem Übergang zum Erwachsenenalter, die zu spezifischen Bedürfnissen führen. Ohne eine Debatte über die Schaffung einer anderen Reihe von Rechten zu beginnen, wird eingeräumt, dass der **Übergang**, den sie durchlaufen, eine besondere Schutzbedürftigkeit zur Folge hat. Die Anerkennung dieser Schutzbedürftigkeit erlaubt uns, besser zu verstehen, warum der Zugang junger Menschen zu Rechten verbessert werden muss. Ziel sollte es daher sein, einer besonders schutzbedürftigen Gruppe Schutz sowie die Möglichkeit zur Wahrnehmung der universellen Menschenrechte zu bieten.

Die Gewährleistung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes für jugendpolitische Maßnahmen und Programme setzt die Förderung, den Schutz und die Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller jungen Menschen in ihrer ganzen Vielfalt voraus. Damit soll sichergestellt werden, dass die Planung, Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Jugendpolitik menschenrechtsbasiert, partizipatorisch, auf die Jugend ausgerichtet, von der Jugend ausgehend, unparteiisch, inklusiv, geschlechtergerecht, umfassend, evidenz- und wissensbasiert, angemessen ausgestattet, transparent und rechenschaftspflichtig sind¹⁰.

Um den Zugang junger Menschen zur ihren Rechten zu fördern und zu erleichtern, ist es daher von wesentlicher Bedeutung, die nationalen, lokalen und regionalen Behörden zur *Beteiligung, Begegnung und Befähigung* zu ermutigen – dies sind die drei Kernbereiche und das übergeordnete Ziel der EU-Jugendstrategie.

Letztlich handelt es sich bei einem rechtebasierten Ansatz um einen konzeptionellen Rahmen, der darauf abzielt, Menschen – in diesem Fall junge Menschen – zu befähigen. Die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als Rechteinhaber und der politischen Entscheidungsträger als Pflichtenträger führt zu einem entscheidenden Maß an Rechenschaftspflicht in unseren Herangehensweisen. Dies stellt eine Abwendung von einem Ansatz dar, der sich an grundlegenden Bedürfnissen orientiert und eine wichtige Unterscheidung auf der Grundlage der Ermittlung der Grundbedürfnisse von Menschen erfordert, die es zu erfüllen gilt.

⁹ Unter anderem in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, Gesundheit, psychische Gesundheit und Inklusion.

¹⁰ Lisboa+21 Declaration on Youth Policies and Programmes (Lisboa+21: Erklärung über Jugendpolitik und Jugendprogramme), 2019.

Eine neue Vision für die Europäische Union und beispiellose Herausforderungen

Die Europäische Union bietet eine Reihe von Instrumenten, die es jungen Menschen ermöglichen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft und in der Zukunft Europas zu übernehmen. In diesem Rahmen fördert ein rechtebasierter Ansatz die Anerkennung junger Menschen als aktive Rechteinhaber und stärkt sie somit als *Akteure und Förderer des Wandels*.

Die EU-Jugendstrategie trägt zu der vom Europäischen Rat im Jahr 2019 gebilligten *neuen Strategischen Agenda 2019-2024* bei, die vier Hauptprioritäten umfasst: 1) Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, 2) Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis, 3) Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas und 4) Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt.

Diese Prioritäten dienten als Inspiration für die politischen Leitlinien der Europäischen Kommission für den Zeitraum 2019-2024, in denen sechs Prioritäten festgelegt wurden: *ein europäischer Grüner Deal; ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist; eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, die Wachstum ermöglicht, das hochwertige Arbeitsplätze schafft, insbesondere für junge Menschen und kleine Unternehmen; ein stärkeres Europa in der Welt; die europäische Lebensweise; neuer Schwung für die Demokratie in Europa*.

Die durch die COVID-19-Pandemie verursachten schwierigen Lebensbedingungen haben den rechtebasierten Ansatz zu einem konzeptionellen Rahmen gemacht, der noch relevanter und geeigneter ist als zuvor. Neben der Bewältigung der gesundheitlichen Notlage sind auch die Folgen der Pandemie für die Wirtschaft, die Gesellschaft und für junge Menschen besorgniserregend.

Studien der Internationalen Arbeitsorganisation¹¹, der OECD¹² und der Jugendpartnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Europarat¹³ zeigen unverhältnismäßige Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen und gleichzeitig den Verlust in Bezug auf allgemeine und berufliche Bildung und Möglichkeiten für Freiwillentätigkeiten, Arbeitsplätze und Einkommen, die Verschlechterung von Ungleichheiten und die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit auf. Dies könnte ihr ganzes Leben und den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt beeinflussen.

¹¹ *Youth & COVID-19: Impacts on jobs, education, rights and mental well-being (Jugend und COVID-19: Auswirkungen auf Beschäftigung, Bildung, Rechte und psychisches Wohlbefinden)*, Internationale Arbeitsorganisation, 2020.

¹² *Youth and COVID-19: Response, recovery and resilience, OECD Policy Response to Coronavirus (COVID-19) (Jugend und COVID-19: Reaktion, Erholung und Resilienz)*, Politische Antworten der OECD auf COVID-19, 2020.

¹³ *Report Towards a better understanding of the impact of Covid-19 on the youth sector, Knowledge HUB: COVID-19 impact on the youth sector (Bericht: Für ein besseres Verständnis der Auswirkungen von Covid-19 auf den Jugendsektor)*, Jugendpartnerschaft zwischen der EU und dem Europarat.

Ein neuer Horizont

Der Jugendsektor ist ein Querschnittsbereich, was zwangsläufig bedeutet, dass alle mit anpacken müssen, um einen rechtebasierten Ansatz auf politische Maßnahmen anzuwenden, die auf junge Menschen abzielen oder sich auf junge Menschen auswirken. Es liegt auf der Hand, dass ein sektorübergreifender und mehrstufiger Ansatz erforderlich ist, unter anderem in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Bildung, Umwelt und Gesundheit.

Der digitale und der ökologische Wandel bieten die Gelegenheit, wirtschaftliche Tätigkeiten zu überdenken, ohne dabei die dringende Notwendigkeit aus den Augen zu verlieren, die Zukunft so zu gestalten, dass ein ausgewogenes und nachhaltiges Verhältnis zwischen menschlichen Tätigkeiten, Ressourcenverteilung und Umwelt besteht. Eine ausgewogene Entwicklung sollte ein organisches Wachstum mit sich bringen, das einen *grünen und gerechten Übergang und Klimaneutralität bis 2050, Kohäsion, Konvergenz und regionale Entwicklung, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit*, d. h. einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz, umfasst.

Neue Ansätze, digitale und grüne Arbeitsplätze, die Beseitigung der Armut, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sowie der Aufbau einer nachhaltigeren Welt sind Herausforderungen für die Gegenwart und die nahe Zukunft. Die Welt hat ihren Blick auf Europa gerichtet und braucht einen Wegbereiter. Die EU muss daher die Chance ergreifen, eine gemeinsame Zukunft zu schaffen, die jungen Menschen ein wohlhabendes, nachhaltiges und soziales Europa bietet.

In diesem Zusammenhang haben die Regierungen die Gelegenheit, nach der Krise für einen besseren Wiederaufbau zu sorgen (*Build Back Better*) und das Vertrauen zu stärken, indem sie sicherstellen, dass in den Aufbauplänen nicht nur die Folgen der Krise berücksichtigt werden, sondern auch die Wünsche, Erwartungen, Rechte und das Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen.

Fragen für die Aussprache

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister gebeten, über die folgenden Fragen nachzudenken (die Redebeiträge sollten auf höchstens drei Minuten begrenzt werden):

1. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ergriffen werden müssen, um rechtebasierte sektorübergreifende jugendpolitische Strategien zur Bewältigung der oben beschriebenen Herausforderungen, die durch COVID-19 verschärft wurden, zu entwickeln?
 2. Welche künftigen Schritte sollten auf EU-Ebene ins Auge gefasst werden, um rechtebasierte sektorübergreifende jugendpolitische Strategien weiterzuentwickeln?
-